

Offene Debatten nützen der Demokratie

Frank Richter über die aktuelle Politisierung der Gesellschaft



Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 bedeutete nur im Westen Deutschlands das Ende eines totalitären Systems. Der Osten Deutschlands musste sich bereits ab 1949 erneut den Einschränkungen eines diktatorischen Regimes beugen. Frank Richter ist ehemaliger Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und Autor des Buches *Hört endlich zu! Weil Demokratie Auseinandersetzung bedeutet*. Im Interview mit Annika Schubert berichtet Richter, welche Auswirkungen das Ausbleiben einer 68er-Bewegung in Ostdeutschland auf das heutige Demokratieverständnis der ostdeutschen Gesellschaft hat, und welche Rolle Gefühle in der heutigen Politik spielen.

Herr Richter, warum gehen Menschen in Ostdeutschland in den letzten Jahren vermehrt zum Demonstrieren auf die Straße?

Lange Zeit haben wir uns im Bereich der politischen Bildung in Ostdeutschland darüber beklagt, dass sich die Menschen nicht für Politik interessieren. Nun interessieren sie sich für Politik und zwar in einem bisher gar nicht vorstellbaren Maß, werden aber oft vorschnell abgekanzelt. In dem Sinne, dass die Fragen, die sie haben, nicht die richtigen seien und dass die Forderungen, die sie stellen, unanständig wären. Hier müssen wir sehr viel vorsichtiger und differenzierter rangehen.

Für sich genommen, ist das Phänomen aber erstmal akzeptabel. Wir haben eine seit drei bis dreieinhalb Jahren anhaltende Hochpolitisierungsphase der ostdeutschen Gesellschaft. Nun allerdings haben wir in dieser Politisierungsphase erlebt, dass viele Leute in falsche Hände geraten sind, da die etablierten Parteien die Themen, die die Ostdeutschen beschäftigten, nicht aufgegriffen haben. Mittlerweile ist ganz deutlich erkennbar, dass viele Leute in rechtspopulistische, tendenziell rechtsextremistische Kreise geraten sind. Bei vielen ist es fast schon zu spät, sie wieder für unsere demokratische Grundordnung zurückzuholen.

Woher rührt das scheinbar geringere demokratische Grundverständnis in Ostdeutschland?

Ich versuche mal die wichtigsten Gründe zu nennen. Der erste Grund: Die ostdeutsche Gesellschaft ist eine überschichtete Gesellschaft, in der die erste, zweite und dritte Chefetage der wichtigen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und verwaltungstechnischen Bereiche von Menschen dominiert werden, die aus Westdeutschland in den Osten gezogen sind. Dies war in den 1990er-Jahren weitgehend akzeptiert, obwohl damals einige Fehler unterlaufen sind und den Menschen so manche Demütigungserfahrung nachhängt. Das Problem besteht aber vor allem in der Fortschreibung dieser Überschichtung. Das heißt, wenn man es etwas überspitzt formuliert: „Westdeutsche ziehen andere Westdeutsche an.“ Wenn die wichtigsten Funktionsträger einer demokratischen Ordnung aus Menschen be-

stehen, die nicht aus der eigenen Region kommen, führt das natürlich zu Akzeptanz- und Aneignungsdefiziten.

Der zweite Grund: Die DDR hat nicht das erlebt, was die westdeutsche Gesellschaft mit den 68ern erlebt hat. Ungefähr eine Generation nach der Gründung der Bundesrepublik kam es zu einer schweren Erschütterung der westdeutschen Demokratie. Es wurden grundsätzliche Fragen bezüglich der Ordnung des Staates gestellt. Teils andauernde autoritäre Denkweisen der Staatsangestellten und auch der Sozialstaat wurden in Frage gestellt. Zu diesem Zeitpunkt war auch im Westen nicht ganz klar, ob die demokratische Grundordnung durchkommt.

Diese Lernphase hat der Osten nicht mitgemacht. Auffallend ist, dass dort in etwa derselben Frist – d. h. innerhalb einer Generation nach der Wiedervereinigung – Empörung, Wut und grundsätzliche Infragestellung des Systems entstehen. Menschen bringen zum Ausdruck: „Äußerlich mag der Osten bestens hergerichtet sein, aber innerlich sind wir nicht mitgekommen.“

Das wäre eine optimistische Perspektive, dahingehend, dass die ostdeutsche Gesellschaft jetzt, in dieser Erschütterungsphase, lernen kann. Lernen, dass die Demokratie, die bisher noch weithin als Ordnung anderer erschien, funktioniert und eine starke Ordnung ist, die sich die ostdeutsche Gesellschaft aneignen kann.

Was bringt die ostdeutsche Bevölkerung mit dem Begriff „Demokratie“ in Verbindung?

Die Demokratie hat in Ostdeutschland für die meisten nicht das gebracht, was sie sich erhofft hatten. Die Ostdeutschen fühlen sich als „Deutsche zweiter Klasse“. Große Teile der Bevölkerung fühlen sich abgehängt, als Transformations- und Globalisierungsverlierer. Viele Leute, die sich vor knapp 30 Jahren nochmal neu in die politische, kulturelle und ökonomische Ordnung der Bundesrepublik einfinden mussten, kommen nun ins Rentenalter. Ein Alter, in dem man noch einmal zurückblickt und ein Resümee zieht. Dieses fällt scheinbar nicht immer so positiv aus, wie wir uns das in den vergangenen Jahren gewünscht haben. Ob diese Gefühle immer sachgerecht begründet sind, sei dahingestellt, sie sind jedoch politikrelevant.

Dazu kommt, dass die offene demokratische Gesellschaft im Osten Deutschlands eine sehr kurze Tradition besitzt. Die Jahre zwischen 1918 und 1933 waren sicherlich keine Glanzzeit der Demokratie. Dann kam die NS-Zeit – eine Zustimmungsdiktatur, mehrheitlich jedenfalls. Die Menschen glaubten an den Führer und folgten ihm ins Verderben. Dann kam im Osten nach einer interessanten Übergangsphase zwischen 1945 und 1949, die relativ wenig untersucht ist, bald eine neue Diktatur. Wiederum keine Demokratie. Viele Menschen glaubten erneut daran. Viele, weil sie gar nichts anderes hatten, an das sie glauben konnten, denn der Osten ist die säkularste Region Europas, d. h. Religion steht als ethische und religiöse Orientierungshilfe für viele Menschen nicht zur Verfügung.

Der zweimal nacheinander enttäuschte Glaube an den Staat oder an die Obrigkeit, an den Führer oder an die Partei, ging sicherlich bei vielen erneut über in den Glaube an die Bundesrepublik Deutschland und ihre staatliche Ordnung, die heilsbringend sein sollte. Dieser Glaube musste natürlich wieder enttäuscht werden.

Wissen Sie, das löst Scham aus. Wenn ein Mensch spürt, er hat zum wiederholten Male etwas Falsches geglaubt und nichts Gutes bekommen und zwar deswegen, weil er es so gewollt hat. Und wenn jetzt aus der westdeutschen Perspektive mit dem Grundton der Herablassung gesagt wird, „Ihr habt das ja

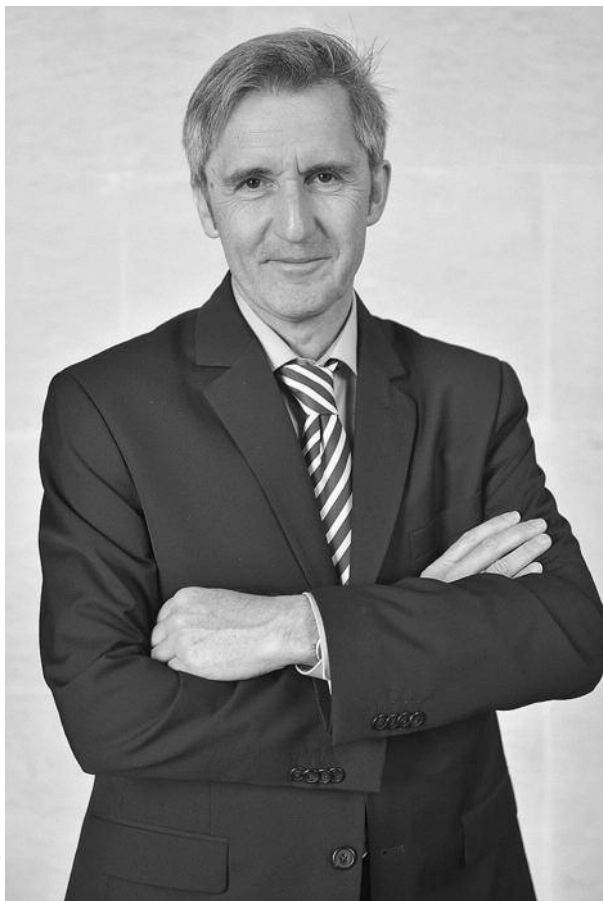


Foto: privat

Frank Richter

so gewollt“, macht das die Sache nur schlimmer. Aus dieser Situation kann die ostdeutsche Gesellschaft nur selbst wieder herauskommen, indem sie offen debattiert und Demokratie als ein Lernfeld erlebt, nur dann kann sie sich diese Ordnung auch aneignen.

Sie sind ebenfalls politischer Mediator und schritten ein, als die PEGIDA-Bewegung 2014 Dresden, Sachsen und ganz Deutschland spaltete. Wichtig war es für Sie, mit den Vertretern der Bewegung ins Gespräch zu kommen. Trotz der Unstimmigkeiten zwischen den Konfliktparteien, war es Ihr Ziel, Gemeinsamkeiten zu identifizieren. Herr Richter, was bräuchte es denn, damit Ost- und Westdeutschland politisch und gesellschaftlich näher zueinander finden?

Es braucht auf keinen Fall ein neues, aus westdeutscher Perspektive vorgetragenes Förderprogramm für den Osten. Es braucht eine Lernerfahrung von allen Deutschen, dass diese Gesellschaft nach wie vor sehr heterogen ist. All die verschiedenen Perspektiven in unserem Land müssen immer wieder aufeinander bezogen und erkennbare Ungleichheiten und auch Ungerechtigkeiten ausgeglichen werden. Ich möchte mir nicht vorstellen, dass der Osten Deutschlands dauerhaft zu dem wird, was der Mezzogiorno für Italien ist. Aber das kann nur gelingen, wenn sich die Menschen in Deutschland auf Augenhöhe begegnen und die Unterschiede respektieren. Auch die Regierung muss eine Wirtschaftspolitik verfolgen, die dem Zusammenhalt der Gesellschaft zuträglich ist und ein weiteres Auseinanderdriften verhindert.